

Peter Wilhelm Patt MdL

Patt: „Neue Ruhestandsregelungen für Beamte im Interesse des Freistaats und der Betroffenen“

(Dresden, 14. Dezember 2011) Der Sächsische Landtag hat heute das „Gesetz zur Änderung beamten- und besoldungsrechtlicher Regelungen zum Stellenabbau“, das sogenannte Stellenabbaubegleitgesetz, beschlossen. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde von den Koalitionsfraktionen CDU und FDP eingebracht. Damit wurde für die sächsischen Beamten eine befristete Sonderregelung geschaffen, nach der unter bestimmten Umständen die Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand auf 60 Lebensjahre gesenkt wird. Dabei wird ein Versorgungsabschlag in Höhe von 3,6 Prozent pro Jahr, maximal aber insgesamt 10,8 Prozent, fällig. Zum Ausgleich des Abschlages wird ein möglicher Hinzuverdienst bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze nicht angerechnet. Die vorzeitige Pensionierung muss vor dem 1. Januar 2014 beantragt werden und ist bis 2020 befristet.

„Die neuen Ruhestandsregelungen für Beamte liegen im Interesse des Freistaats und der Betroffenen. Wir unterstützen den beschlossenen Stellenabbau im öffentlichen Dienst und wir berücksichtigen die besonderen Anforderungen an die Mitarbeiter bei Polizei und Justiz“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses Peter Wilhelm Patt. „Im Personalbereich der Staatsverwaltung müssen wir schnellstmöglich zwei große Aufgabenfelder austarieren, die sich aus der demografischen Situation und den Finanzierungsverhältnissen des Freistaats ergeben: Der im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittliche Stellenbestand im öffentlichen Dienst Sachsens führt bei rückläufiger Bevölkerung zu einem nicht mehr finanzierbaren Anstieg der Lohnkosten. Außerdem führt die verlängerte Lebenserwartung, insbesondere bei den Beamten im öffentlichen Dienst, zu immensen finanziellen Versorgungsaufgaben für die staatliche Gemeinschaft. Darauf mussten wir rechtzeitig reagieren. Das haben wir mit diesem Gesetz getan“, so der der CDU-Politiker heute in seiner Landtagsrede.